

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Jänner 1960

66/J

Anfrage

der Abgeordneten Uhlir, Probst, Winkler, Holoubek, Preußler und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend gesetzliche Massnahmen auf dem Gebiete des Strafvollzuges.

Die Öffentlichkeit ist immer wieder erregt über unverständlich scheinende Massnahmen des Strafvollzuges, die auf Grund der gegenwärtigen Gesetzeslage getroffen werden, insbesondere darüber, dass

zu lebenslangem Kerker verurteilte Schwerverbrecher wieder in Freiheit gesetzt werden,

wegen Mordes oder schwerer Sittlichkeitsdelikte Verurteilte nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe wegen "guter Führung" bedingt entlassen werden,

es keine Möglichkeit gibt, Verbrecher, die auch nach Verbüßung ihrer Strafe eine potentielle Gefahr für ihre Mitmenschen bilden, weiter festzuhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, dem Hohen Haus eine Darstellung der gegenwärtigen Rechtslage hinsichtlich der in der Anfrage angeführten Punkte zu geben, sowie mitzuteilen, ob und welche unmittelbare gesetzliche Massnahmen der Herr Bundesminister vorzuschlagen in der Lage ist, um die menschliche Gesellschaft besser zu schützen?